

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt beleuchtet die Situation vor dem 2. Nachfolgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Weiterhin Anlaß zur Sorge.

Seite 1-4

Annemarie Renger warnt die SPD-"Linke", dem Gegner Einfallstore zu öffnen: Eier im Kaiserreich Lilliput.

Seite 5/6

Dokumentation

Brief des Regierenden Bürgermeistermeisters und Landesvorsitzenden der Berliner SPD, Dietrich Stobbe, an den Verleger des Tagesspiegel: Außer Diffamierungen nichts

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 198

15. Oktober 1980

Weiterhin Anlaß zur Sorge

Zum bevorstehenden 2. Nachfolgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Von Willy Brandt MdEP, MdB

Vorsitzender der SPD und der Sozialistischen Internationale

Die Debatte steht nicht unter besonders günstigen Vorzeichen: Erstens und vor allem weil die Rahmenbedingungen für das Treffen in Madrid nicht günstig sind. Das beruht auf der internationalen Lage, die - trotz einiger Lichtblicke - weiterhin Anlaß zur Sorge gibt.

Zweitens ist es nicht gerade ermutigend, daß es sich bei den vorbereitenden Gesprächen in Madrid offensichtlich selbst bei prozeduralen Fragen als schwierig erweist, Einvernehmen zu erzielen.

Drittens und vor allem halte ich es für besorgniserregend, daß in diesen Tagen durch die Regierung der DDR Maßnahmen ergriffen worden sind, die es für viele der weniger wohlhabenden Menschen in Westdeutschland und in Westberlin sehr viel schwieriger machen, die DDR oder Ostberlin zu besuchen. Und dies wird durch Reden begleitet, in denen man zwar weiterhin von Entspannung und Normalisierung als erstrebenswerten Zielen spricht, tatsächlich aber einer zugespitzten Polemik freien Lauf läßt.

Nach den Ereignissen im Mittleren Osten ist vielfach neu die Frage aufgeworfen worden, ob die Politik der Entspannung zwischen West und Ost in Europa fortgesetzt werden kann, während die Konfrontation in anderen Teilen der Welt an Schärfe zunimmt. Verkürzt wird dies mit der Frage umschrieben: Ist die Entspannung teilbar oder nicht?

Für mich steht fest: Wenn politische (und wirtschaftliche) Zusammenarbeit keine Entsprechung im militärischen Bereich findet, nämlich durch Begrenzung von Rüstungen, wird Détente (Entspannung) nicht überleben.



Der Streit um Unteilbarkeit oder Teilbarkeit erscheint mir ziemlich unfruchtbar. Wer wollte bezweifeln, daß Détente, also Entspannung, universell und unteilbar sein sollte! Aber das ist etwas anderes, als so zu tun, als ob es den im Bericht erwähnten globalen und unteilbaren Charakter von Entspannung je gegeben hätte. In unserer Vorstellung ja, als Ziel auch ja, in der harten Wirklichkeit leider nein, mindestens noch nicht.

Wer von uns wollte in Frage stellen, daß es - wie der Bericht ausführt - einen engen Zusammenhang gibt zwischen Frieden und Sicherheit in Europa und außerhalb Europas. Aber es führt in die Irre, wenn man anderen und sich selbst einredet, es gelte einen Zustand zu bewahren, den es noch gar nicht gibt, den es auch noch nicht gegeben hat.

Ich bin sicher: Niemand wird die Forderung erheben, wenn es irgendwo Krieg gibt, den Frieden in Europa in Frage zu stellen, damit das Prinzip der Unteilbarkeit nicht leidet. Tatsache ist doch, daß wir es in diesen Jahren noch nie mit einer globalen Entspannung zu tun gehabt haben. Im Gegenteil. Als seinerzeit Präsident Nixon den Vertrag mit der Sowjetunion machte, als ich die Verträge von Moskau und Warschau unterzeichnete, als das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin ausgehandelt wurde, war der Krieg in Vietnam in vollem Gange. Und beide Weltmächte waren involviert. Die einen durch Truppen, die anderen durch Waffen. Dies nur als Beispiel dafür, daß sich Entspannung vollzog zwischen beiden Weltmächten und in Bezug auf Europa, während anderswo durchaus Spannungen bestanden, und zwar auf blutige und kräfteverzehrende Weise. Wir dürfen uns nicht einer lähmenden Alternative hingeben, die da lauten würde: Wenn Entspannung nicht Überall, dann nirgends. Die Fragestellung sollte vielmehr sein: Wie kann man auf möglichst vielen Gebieten, in möglichst vielen Regionen dafür sorgen, daß Spannungen reduziert werden und sachliche Zusammenarbeit gefördert wird!

In und für Europa gibt es Vereinbarungen auf der Basis des Gewaltverzichts. Es würde gewiß nicht schaden, wenn auch für und in anderen Regionen solche Vereinbarungen erreicht werden könnten. Das würde dem Ziel der Unteilbarkeit der Entspannung dienen. Mehr und nicht weniger Entspannung heißt für mich die Konsequenz der Erfahrung in Europa aus den letzten zehn Jahren.

Ich gehöre zu denen, die die Konferenz von Helsinki auf den Weg gebracht haben. Aber ich habe mich nie der Illusion hingegeben, als ob die Konferenz von 1975 wie mit einem Zauberschlag in Europa alles zum Besseren wenden würde.

Als man in Helsinki zusammenkam, im Spätsommer '75, waren weder die Sowjetunion noch die Amerikaner noch auch die eigentlich betroffenen Europäer auf einen neuen Abschnitt der Beziehungen so vorbereitet, wie es notwendig und wohl auch möglich gewesen wäre.

Trotzdem möchte ich das Zwischenergebnis von fünf Jahren nicht unterschätzen. Das gilt für unterschiedliche Felder der Zusammenarbeit. Auch dafür, daß viele Tausende von Familien seitdem zusammengeführt werden konnten. Als früherer Berliner Bürgermeister kann ich ganz gut beurteilen, was für viele einzelne die erleichterten Besuchsmöglichkeiten bedeutet haben. Umso mehr bedauere ich die kalte Strangulierung dieser Möglichkeiten vor knapp einer Woche. Das ist ein besorgniserregender Vorgang im Vorfeld von Madrid. Der sogenannte KSZE-Prozeß - an sich ein zweifelhafter Ausdruck, an den wir uns gewöhnen - vollzieht sich ganz gewiß nicht unabhängig von den Belastungen der weltpolitischen Lage. Die sowjetische Invasion in Afghanistan hat das Bemühen um eine bessere Verständigung ernsthaft gefährdet, und natürlich sind von dort Wirkungen auf Europa ausgegangen. In Madrid wird man dies natürlich nicht aussparen können.

Die Frage ist aber auch, ob ohne das bis dahin erreichte Maß an politischen Kontakten einige der spezifischen Erfahrungen aus den ersten Monaten dieses Jahres denkbar gewesen wären, als trotz der Spannungen anderswo die Europäer in West und Ost, unbeschadet der unterschiedlichen Regierungssysteme, gemeinsame Interessen zum Ausdruck brachten und sich in ihren jeweiligen Bündnissen nachdrücklich dafür einsetzten, aus Europa nicht ohne Not einen zusätzlichen Krisenherd werden zu lassen.



Auch das, was in diesen Monaten in einem so wichtigen ost-europäischen Land wie Polen vor sich gegangen ist, hätte anders, nämlich viel schwieriger verlaufen können, würde es die KSZE als Instrument gesamteuropäischer Entschärfung nicht gegeben haben.

Mit bloßem polemischen Schlagabtausch ist in Madrid nichts gewonnen. Unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen gilt es vielmehr, sich um eine konkrete Befassung mit den Fragen menschlicher Beziehungen und Erleichterungen zu bemühen. Und die Erinnerung an Verpflichtungen, die freiwillig eingegangen wurden, hat nichts zu tun mit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Es hat auch überhaupt nichts mit der Einmischung zu tun, wenn ich zum Beispiel gewissen Leuten in Prag sage: Sie dienen weder den Interessen Ihres Landes noch der Sache Europas, wenn Sie einen tschechoslowakischen Europäer wie Professor Jiri Hajek schikanieren. Er steht stellvertretend für jene, die ich von dieser Stelle aus grüße.

Es dürfte im Übrigen im Interesse aller Beteiligten liegen, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit auszubauen und die Kooperation gerade auf den Feldern Umwelt und Energie zu intensivieren. Europa muß sich aus einseitigen Abhängigkeiten lösen. Der Konflikt zwischen Iran und Irak hat uns dies wieder vor Augen geführt. Und gerade hier könnte die Europäische Gemeinschaft als Ganze ihren Einfluß geltend machen. Dabei ist an die Einberufung und Durchführung eigener europäischer Konferenzen zu denken. Die zurückliegenden Expertentreffen waren durchaus nützlich und sogar ermutigend.

Die Nord-Süd-Problematik, der Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern hat ohne Frage seit Helsinki einen höheren Stellenwert in den Überlegungen der europäischen Regierungen erlangt. Die Erkenntnis ist gewachsen, daß aktive Nord-Süd-Politik nicht nur ein humanitäres Anliegen ist, sondern zur Sicherung des Friedens wie auch des eigenen ökonomischen Wohlergehens immer unentbehrlicher wird.

Wo gibt es gemeinsame europäische Interessen und Verantwortlichkeiten? Was wird aus dem Zusammenhang von Welthunger und Wetrüsten, über den wir hier vor einem Monat gesprochen haben? Gelingt um Olof Palme zu zitieren, der "Transfer von der Drohung zur Hoffnung"?

Doch ich wiederhole: Alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die politische Entspannung zu beleben, könne auf Dauer keinen Bestand haben, wenn sie nicht ihre Ergänzung finden im militärischen Bereich.

Die französische, auch die polnische und die schwedische Regierung haben Vorschläge unterbreitet im Hinblick auf eine Konferenz für Abrüstung in Europa. Ich halte dies für ein erwägenswertes, ergänzendes Vorhaben, wenn die Verhandlungen zwischen den Weltmächten Fortschritte machen, wenn ernsthaft über eurostrategische Waffen geredet wird, und wenn man sich klar ist über den Zusammenhang mit dem, worüber seit sieben Jahren in Wien verhandelt wird.

Zusätzlich wäre es gewiß nützlich, solche Maßnahmen zu vereinbaren, die Aufrüstung oder Schlimmeres, was auf Mißtrauen beruht, vermeiden zu helfen. Also etwa Maßnahmen, die die Angriffsmöglichkeiten aus dem Stand verringern. Die Vorwarnzeiten verlängern. Und die geeignet sind, offensive Fähigkeiten und Strategien in defensive umzuwandeln.

Jedenfalls sind alle Anstrengungen gerechtfertigt, um neue offensive Systeme strategischer Qualität zu vermeiden. Denn so sehr ich das Prinzip des Gleichgewichts im Interesse der Sicherheit sehe, so bedenklich bleibt es, wenn Erstschlagfähigkeiten entstehen, die zu einer Herabsetzung der atomaren Schwelle führen können.



Fest steht: Der sogenannte KSZE-Prozeß ist aufs engste verknüpft mit den MBFR- und den SALT-Verhandlungen, mit der Arbeit im Genfer Abrüstungsausschuß und mit dem Bemühen um eine Begrenzung der eurostrategischen Waffen. Fortschritte hier werden Ergebnisse in anderen Teilbereichen fördern. Ein schwerer Rückschlag dort wird nicht ohne nachteilige Folgen hier bleiben können.

Neben der Frage der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung wird für die Zukunft der Entspannung viel davon abhängen, daß es nicht zu gefährlichen Destabilisierungen in bestimmten Regionen Europas kommt. Dies gilt zur Zeit besonders für den östlichen Mittelmeerraum. Als ermutigend habe ich die italienische Neutralitätsgarantie für Malta empfunden. Sie zeigt, wie durch konkrete Maßnahmen auch im Kleinen zur Friedenssicherung beigetragen werden kann.

Zu hoffen ist, daß Griechenland und die Türkei miteinander die Kraft finden, ihre Probleme mit friedlichen Mitteln zu lösen. Ich verbinde dies mit der Erwartung, daß die türkische Militärregierung sich nicht nur als Alternative zur Anarchie versteht, sondern auch als Helferin einer Demokratie, die diese Bezeichnung verdient.

Für meine politischen Freunde und mich ergeben sich heute drei Konklusionen:

- 1) Von den neun Regierungen unserer Mitgliedschaft und von der EG muß erwartet werden, daß sie sich in Madrid um Fortschritte bemühen, und zwar so konkret wie möglich.
- 2) Der französische Vorschlag, auch die polnischen und schwedischen Vorschläge zur Vorbereitung einer europäischen Abrüstungskonferenz sollten sorgfältig weiter verfolgt werden, weil von dieser Thematik sehr viel abhängen kann.
- 3) Es kann nicht darum gehen, Illusionen nachzujagen, wohl aber im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür zu sorgen, daß Europa das Arbeitsfeld von Entspannung bleibt, weil es sonst nur zu leicht zum Schlachtfeld der Zerstörung werden könnte.

+ + +

(Dieser Text ist identisch mit den Ausführungen, die Willy Brandt heute, Mittwoch, 15. Oktober 1980, in Straßburg vor dem Europäischen Parlament in der Aussprache über den Rumor-Bericht zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid macht.)



Eier im Kaiserreich Lilliput

Die "Linke" soll dem Gegner keine Einfallstore öffnen

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Als Gulliver auf seinen Reisen in das Kaiserreich Lilliput verschlagen wird, schildert ihm Reldresal, Erster Minister für Privatangelegenheiten, daß das Land, wie blühend sein Zustand auch erscheinen möge, unter zwei großen Übeln leide, einer heftigen Parteisucht im Innern und der Gefahr einer Invasion durch einen sehr mächtigen Feind von außen, dem Reich Blefuscu. Anlaß dieser Unruhen sei die Art gewesen, Eier aufzuschlagen, bevor man sie ißt. Ursprünglich habe man dies am stumpfen Ende getan, bis sich ein Kaisersohn dabei in den Finger geschnitten habe. Darauf sei eine Verordnung ergangen, die allen Untertanen bei schweren Strafen befohlen habe, die Eier am spitzen Ende aufzuschlagen. Darüber seien sechs Rebellionen angezettelt worden. Schätzungen zufolge hätten im Laufe der Zeit elftausend Personen lieber den Tod erlitten, als sich damit abzufinden, die Eier am spitzen Ende aufzuschlagen. Die Kaiser von Blefuscu hätten diesen Zwist geschürt und benützt ihn, um über Lilliput herzufallen.

Der Vergleich, den ich anstellen will, hinkt an einem Punkt. Nach dem 5. Oktober ist die SPD-Bundestagsfraktion mit 228 Mandaten im parlamentarischen Kräftefeld alles andere als ein Reich Lilliput. Mir hat es die Sprache verschlagen, wie in Anbetracht der Zahlen aus einer vernichtenden Abfuhr der CDU/CSU ein hoffnungsvoller Neubeginn gemacht und aus einer, wenn auch leichten Zunahme der SPD ein Menetekel an die Wand gemalt wurde. Natürlich, die SPD trägt selbst dazu bei, wenn sie trotz einer 16 Millionen-Wählerschaft und einer Parteimitgliedschaft von einer Million, die für die CDU/CSU ein Traum und für die FDP die vierte Dimension darstellt, sich publizistisch in den Ruch einer stagnierenden Splittergruppe drängen läßt. Schon immer stand - auch bei diesem Wahlkampf - der historische Optimismus der Sozialdemokraten in denkwürdigem Kontrast zur Melancholie, mit der die Partei ihren aktuellen politischen Weg sieht.



Ansonsten stimmt der Vergleich mit Lilliput, was die Lust an Entzweigungen und Partierungen angeht. Der Parlamentarisch-Politische PresseDienst vom 7. Oktober meldete, ein Fähnlein der 70 Aufrechten aus Partei und Fraktion erwäge, wie man "linke" Politik machen wolle, ob man sich partiell verweigere oder ob man sich unmittelbar zum Bundeskanzler stelle und ihn per Einzel- oder Gruppenpost, lauter Emser Depeschen offenbar, auf Positionen verpflichte. Genannt sind auch die Punkte, denen diese Strategien gelten: Die Abrüstungsfrage in Verbindung mit der Nord-Süd-Problematik, die Entwicklung des Wohnungsbaus, die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, sowie soziale Sicherung mit Gleichstellung für Mann und Frau. Man reibt sich die Augen. Welches Mitglied der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion würde hier widersprechen, würde sich nicht zu diesen Aufgaben bekennen und würde sie nicht gerne erweitern, vor allem um die Deutschland- und Entspannungspolitik, die wie die Ereignisse zeigen, unverändert zu den wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der 80er Jahre gehört. Sie sind das Herz gemeinsamer sozialdemokratischer Politik oder - man entschuldige die Schnoddrigkeit - die Eier im Kaiserreich Lilliput. Wie dort ist auch hier der Streit überflüssig, von welcher Seite man sie öffnet, ob am stumpfen oder spitzen Ende.

Es ist überflüssig, dem politischen Gegner Einfalltore zu öffnen, damit er seiner Lieblingshatz nachgehen kann, nämlich der auf angebliche Bürgerschrecks in der SPD-Fraktion. Die Sozialdemokraten werden es nicht leicht haben, in der Regierungspolitik ihre Vorstellungen durchzusetzen. Soll dies erreicht oder sollen sozialdemokratische Positionen bei Koalitionskompromissen wenigstens sichtbar werden, was auch ich für notwendig halte, so bedarf es dazu einer geschlossenen Bundestagsfraktion. Die von der Gruppe der Linken, seien sie nun Stumpfender oder Spitzender, genannten Themen sind dafür eine Plattform, kein Hindernis. Verständigen wir uns alle darauf, was der große Prophet Lustrog aus Lilliput im vierundfünfzigsten Kapitel des Blundecral (das ist dort der Koran) in Wirklichkeit geschrieben hat: Alle wahren Gläubigen schlagen die Eier am passenden Ende auf.

(-/15.10.1980/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

In Berlin (West) hält die Auseinandersetzung um die Bemühungen des Senats die Pressevielfalt zu erhalten an. In dieser Auseinandersetzung nimmt der Verleger des "Tagespiegel" eine besondere Rolle ein. Die Situation beleuchtet ein Brief des Berliner Regierenden Bürgermeisters und SPD-Landesvorsitzenden, Dietrich Stobbe, an den Verleger Franz Karl Maier, den wir hier wiedergeben.

Außer Diffamierungen nichts

Sehr geehrter Herr Maier,

Ich habe die Artikel vom 8. und 10. Oktober mit dem Kürzel "TSP" in Ihrer Zeitung mit von Zeile zu Zeile schwindendem Respekt gelesen.

Der Artikel vom 8. Oktober gibt sich als Hintergrundgeschichte aus. Er enthält neben Diffamierungen aber nichts, was nicht jeder weiß oder wissen kann. Was er wirklich will, wird im letzten Absatz deutlich: daß Sie, seitdem der "Abend" einen neuen Verleger hat und sie den "Abend" am Morgen womöglich als Konkurrenz fürchten, vom Senat von Berlin verlangen, daß er den dem "Abend" 1971 und 1972 gewährten Kredite jetzt die Grundlage entzieht.

Ich habe Ihnen bereits in unserem Gespräch am 20. August 1980 gesagt, daß ich für die Erfüllung einer solchen Forderung juristisch keine hinreichenden Gründe zu erkennen vermag. Und ich habe Ihnen zusätzlich gesagt, daß ich für das Erheben dieser Forderung medienpolitisch kein Verständnis habe, weil dies den "Abend" zu diesem Zeitpunkt in seiner Existenzgrundlage treffen könnte.

Gewiß wird mancher dafür Verständnis haben, wenn Sie mit Sorge das Erstarken einer Konkurrenz auf dem Berliner Zeitungsmarkt beobachten. Gewiß wird mancher auch verstehen, wenn Sie sich wirtschaftlicher Mittel bedienen, um sich der Konkurrenz zu erwehren. Was ich verurteile, ist der Versuch, sich dabei ein Mäntelchen umzuhängen, als gehe es Ihnen ausschließlich um die Gewähr verfassungsmäßigen Handelns seitens der staatlichen Organe. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn viele in der Stadt, insbesondere auch viele Journalisten, Ihnen dieses Motiv nicht abnehmen und Ihnen Heuchelei vorwerfen.

Wer es mit der Pressevielfalt und damit auch mit der Pressefreiheit in unserer Stadt ernst meint, muß dafür eintreten, daß unabhängige Zeitungen in der Stadt überleben können. Genau das hat der Landesvorstand der Berliner SPD am vergangenen Montag gemeint, als er an alle Berliner appellierte, dem "Abend" eine faire Chance zu geben. Sie haben auf Ihre Weise geantwortet.

Sie haben diejenigen, die auch an Ihr Verantwortungsbewußtsein appellierten, mit einer "Abrechnung" angegriffen, die in Ihrer Unsachlichkeit kaum zu übertreffen sein dürfte:

- Sie diffamieren die SPD ("Systemveränderer-Riege dieser Partei", "Berliner SPD-Luft"). Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie die selbstverständlich legitime und berechtigte Sorge einer politischen Partei um die Pressevielfalt in unserer Stadt als "Systemveränderung" begreifen. Das habe ich trotz Ihrer stadtbekanntem Gegnerschaft zur SPD nicht erwartet.



- Der Autor breitet die Geschichte der Darlehensvergabe an Berliner Zeitungsverlage aus den Jahren 1971 bis 1975 aus und behauptet schlankweg, der "SPD-Senat" habe sich "Geld beschafft" und dieses an einige Zeitungen verteilt, das sieht er wegen der Einbeziehung von "Telegraf" und "Nachtdespeche" als parteipolitisches Manöver an. Dabei wissen Sie genau, daß die Haltung des damaligen Senats von dem im Beirat für Gesamtberliner Fragen vertretenen Abgeordneten aller drei Fraktionen gebilligt wurde. Und Sie wissen auch, daß der Senat - im Gegensatz zu Ihren Behauptungen - das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes selbstverständlich respektiert und akzeptiert.
- Der Autor unterstellt, daß der fortbestehende Kredit ein vorzügliches Einwirkungsmittel des Senats und der SPD als Regierungspartei auf den "Abend" darstelle. Ich weise diese Behauptung schärfstens zurück. Hier wird in den Zeilen Ihres Blattes politischer Rufmord betrieben.
- Ich finde es bemerkenswert, wie der Autor in dieser Auseinandersetzung mit Ihrem Verleger-Kollegen Sabet umgeht und dabei sogar vor dem Mittel der unterschwelligem Ausländerfeindlichkeit nicht zurückschreckt ("der persische Staatsangehörige, der in Berlin ansässige Teppichkaufmann"). Und es hebt sich vom bisherigen journalistischen Niveau des "Tagesspiegel" unbegreiflich ab, wenn "TSP" neben dem Artikel vom 6. Oktober ein Foto einrücken läßt, das mich mit Herrn Sabet auf der Wahlparty des "Abend" zeigt, die ich in jener Nacht - wie Vertreter anderer Parteien - für eine halbe Stunde besucht habe.

Damit will "TSP" offenbar den "Beweis" für seine Unterstellungen antreten.

Was hielten Sie, sehr geehrter Herr Maier, wohl davon, wenn ein Foto von uns beiden während unserer Gespräche in meinem Amtszimmer im Rathaus Schöneberg oder im Gästehaus des Senats in einer anderen Zeitung erschien und zum Anlaß für derartige Spekulationen genommen würde? Wie die journalistische Methode zu der "TSP" hier gegriffen hat, unter Journalisten gemeinhin bezeichnet wird, wissen Sie als langjähriges Mitglied des Deutschen Presserates selbst am besten.

Der einzige konstruktive Satz, den ich entdeckt habe, liegt in dem Hinweis auf eine mögliche Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Subventionierung kleiner und mittlerer Verlage. Der Autor wirft der SPD vor, sie habe es versäumt, eine solche Grundlage zu schaffen ("statt zu regieren") und erweckt den Eindruck, als habe das Berliner Oberverwaltungsgericht in seiner Entscheidung von 1975 einen solchen Schritt nahegelegt und eine solche Lösung für leicht gangbar gehalten. Diese Darstellung ist eine Täuschung des Lesers, weil sie auf die außerordentlichen verfassungsrechtlichen und politischen Schwierigkeiten einer solchen Lösung mit keinem Wort eingeht, obwohl das OVG Sie selbst nennt und sich zur Möglichkeit eines solchen Weges sehr zurückhaltend äußert.

Viele waren bemüht, diesen Weg gangbar zu machen. Aber Sie wissen selbst ganz genau, daß weder die Bundesregierung noch irgendeine Landesregierung ein Gesetz zur Förderung mittlerer und kleinerer Verlage - wegen der schier unüberwindlichen Definitionsschwierigkeiten für objektive Förderungskriterien - hat zustandebringen können. Diesen Vorwurf einseitig an die Berliner SPD zu richten, ist unredlich. Daß gerade den Sozialdemokraten daran gelegen wäre, den kleinen und mittleren Verlagen rechtlich einwandfrei und dauerhaft gegen die übermächtige Konzentration zu helfen, können Sie ernsthaft nicht bestreiten.

Rerum cognoscere causas. Diesem Grundsatz sollte der "Tagesspiegel" selbst treu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Dietrich Stobbe

Verantwortlich: Willi Carl

